

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **38 (1948)**

Heft 24

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Diskussion um die direkte Bundessteuer

-an- Die am 3. Juni in Zürich tagende Schweizerische Handelskammer hat die Stimmen, welche gegen die Beibehaltung der «Wehrsteuer» unter dem Titel «Tilgungssteuer» sind, mit neuen und besondern Argumenten verstärkt. Vereinfachung des gesamten Steuerwesens für die Steuerpflichtigen... das dürfte stimmen. Besonders, wenn einer bedenkt, dass ihm ausser dem gewöhnlichen nicht noch ein eidgenössischer Fragebogen ins Haus geschneit kommt. Wesentlicher im Sinne der juristischen Beurteilung dürfte sein, dass man in der eindeutigen Ueberlassung aller direkten Steuern an die Kantone ein Gegengewicht schaffe gegen den zunehmenden Zentralismus, und dass der früher geltende Grundsatz: Dem Bunde die indirekten, den Kantonen die direkten Steuern, den bundesstaatlichen Charakter der Eidgenossenschaft wahre.

Natürlich kommt auch die Handelskammer nicht um die Hauptfrage herum, nämlich, ob es überhaupt ohne dieses umstrittene Kernstück der bundesrätlichen Pläne gehe. Die Antwort lautet gleich wie jene der ständerätlichen Kommission: Jawohl, es wird gehen. Die Voraussetzungen, auf welche das eidgenössische Finanzdepartement gebaut hat, stimmen nicht mehr.

Mit den Herren von der Ständeratskommission ist die Handelskammer auch der Ansicht, der Bund dürfte die «zirka 150 Spezialfonds des Bundes» mit einem Vermögen von 1,7 Milliarden und einem jährlichen «Aufwand von 66 Millionen an internen Zinsen» zur Tilgung heranziehen. Und gleich wie diese Kommission verlangt die Handelskammer auch eine «Ueberprüfung des festen Tilgungsplanes», damit nicht durch die notwendigen zusätzlichen Einnahmen eine Erhöhung der Steuern, die schon ohnehin das ertragbare Mass überschritten hätten, notwendig werde. Die Handelskammer weist darauf hin, dass die durch die AHV-Fonds angehäuften Mittel nicht in ihren Anlage- und Ertragsmöglichkeiten geschmälert werden dürften.

Das sind alles Aeusserungen, welche dem Ständerat den Rücken steifen werden; man wird heute feststellen müssen, dass am Widerstand unserer «Zweiten Kammer», der sich noch versteifen dürfte, die Absichten des Bundesrates hart anprallen werden, und dass sich die Suche nach andern Auswegen schon jetzt aufdrängt. Die Handelskammer verlangt einen Tilgungsplan, in welchem zwar kein Krisenfond, wohl aber Rücklagen für Krisenjahre vorgesehen wären. Damit würde die Starrheit dieses Tilgungsplanes gebrochen. Er verlangt eine mit 100 Millionen zu veranschlagende eidgenössische Verrechnungssteuer, mit Rückvergütungen an die Kantone. Er ist für eine allgemeine Getränkesteuer und hält sie «für die Bundesfinanzreform unentbehrlich». Er ist der Ansicht, die Geldentwertung habe das Gewicht der Steuerlast nach der Seite der direkten Steuern hin ver-



Präsident Benesch demissioniert. Präsident Benesch, der sich nicht entschliessen konnte, die neue kommunistische Verfassung zu unterschreiben, hat, wie aus Prag gemeldet wird, in einem Schreiben der tschechoslowakischen Regierung seine Demission bekanntgegeben. U. B. z. die neueste Porträtaufnahme Beneschs. (Photopress)

schohen und ist auch darum gegen die direkte Bundessteuer. Er ist schliesslich für vermehrtes Sparen. Und hierum geht es ja wohl.

Waffenstillstand

Soll man sagen, der vierwöchige Stillstand der Kämpfe im Heiligen Lande sei wider alles Erwarten zustande gekommen? Vielleicht müsste man mehr von den Hintergründen der Verhandlungen wissen, die die Mission des Grafen Folke Bernadotte überschatteten, und deren Ernsthaftigkeit vielleicht mehr bewirkte als die persönliche Vorsprache des UNO-Beauftragten in Amman und Kairo, Tel Aviv und andernorts. Die Araber... so sagen es die Juden... haben einsehen müssen, dass sie in Wahrheit ohne neue Lieferungen englischer Waffen und bei Unterbruch der Munitionszufuhr keinen Schritt mehr weitergekommen wären. Vielleicht haben wir hier einen Zipfel der Wahrheit und müssten annehmen, dass von London aus gewisse Winke an die arabischen Verbündeten Englands gingen. Diese Winke hatten aber wiederum zur Voraussetzung, dass zwischen Washington und London «ernsthaft» über die Folgen geredet wurde, die sich einstellen müssten, falls im vordern Orient ein grösserer Brandherd als der bisherige entstehen sollte. Das heisst aber, was heute in jeder weltpolitischen Verwicklung in Betracht gezogen werden muss: Washington legt Wert darauf, die Angriffs- und Eingriffsflächen, welche die Russen zu gefähr-

lichen Manövern benutzen könnten, zu verringern oder zu beseitigen. Und dies wiederum könnten selbst die uneinigigen Araberfürsten und Präsidenten, die sich ja als Nachbarn des russischen Riesen, und seiner sozialen Propaganda fühlen, verstehen.

Jedenfalls ist der Waffenstillstand perfekt geworden. Das heisst, ganz schweigen die Waffen nur dort, wo disziplinierte Truppen unter guter Führung einander gegenüberstehen. Bei den Juden wurde die Parole ausgegeben, nur noch dann zu schiessen, wenn man das Weiss in den Augen angreifender Araber erkennen könne. Auf arabischer Seite betonte man, die Waffenruhe nur anzuerkennen, wenn die UNO dafür Sorge, dass in den vier Wochen nicht zahlreiche Rekruten aus Europa in den zionistisch beherrschten Häfen landen und sogleich in die jüdischen Einheiten eingereiht würden. Die UNO selber wurde zur Garantie für das Unterbleiben solch plötzlicher Einwanderung gemacht. Man kann annehmen, dass diese Forderung der «Liga» mehr platonischen Charakter hatte und als Grund erhalten müsse, falls Abdullah oder König Faruk Lust empfänden, den Vormarsch aufzunehmen, bevor der befohlene Termin ablaufe.

Natürlich können auch andere Vorwände gefunden werden, und auf das Datum der neuen Feindseligkeiten kommt es nicht so sehr an als auf die Möglichkeiten militärischer Art, die sich den vier kämpfenden Liga-Staaten bieten könnten. Wir halten diese Möglichkeiten nicht für besonders gross. Hinter den Fürsten steht nicht, wie bei den Juden, ein ganzes Volk. Was wir hier so oft betonten, besteht immer noch zu Recht: Die «mittelalterlichen» Feudalstaaten des Nahen Ostens haben sich zwar einen Nationalismus zugelegt, doch war er nie echt und ist es auch nicht geworden. Die «Effendis», die Grossgrundbesitzer, welche in Paris oder an der Riviera westliche Kultur gerochen, und die studierende Jugend der wenigen grösseren Städte, die ähnlich wie einst die Jungtürken, von einem westlichen Staate träumen, in welchem sie die massgebende Schicht sein würden, sind zwei sehr ungleiche Verfechter der neuen nationalen Ideen. Die zweite Schicht muss der heute herrschenden verdächtig sein, weil sie zugleich Träger sozialrevolutionärer Gedanken ist und sogar am «Bazillus moscoviticus» leidet. Die Fellachen und die städtischen Armen, die übergrosse Mehrheit des Volkes, ist nicht gefragt worden und pfeift auf all die grossen Parolen, die von den Herren der Liga verfochten werden.

Ist es darum ein Wunder, wenn von «Zerfall der Liga», von drohenden Unruhen in den Hauptstädten, von Unzuverlässigkeit der Truppen geredet wird? Da aus dem «Spaziergang nach Tel Aviv» ebensowenig geworden wie aus der «Polizeiaktion gegen die jüdischen Terrorbanden», könnte man sogar auf die Möglichkeit schwerer militärischer Blamagen bei den weniger entwickelten Armeen Aegyptens, Iraks und der beiden syrischen Staaten tippen. Derlei Drohungen hätten alsdann das

übrige getan, um den Forderungen Folke Bernadottes den nötigen Nachdruck zu verschaffen. Und sie würden auch die wichtigste Garantie gegen weitere Abenteuerluste der Fürsten sein. Im Hintergrunde aber stehen die bettelarmen Völker, die voraussehen, dass sie es sein werden, welche die Kriegskosten zu bezahlen haben. Sie nicht in Verzweiflung und alsdann in die Arme sowjetischer Agenten zu treiben, dürfte zu jenen Weisheiten zählen, die man von London und Washington aus dem ägyptischen und transjordanischen König zu überdenken empfohlen.

Die Aussichten der Verhandlungen

über einen «gerechten Ausgleich» der Interessen stehen, wenn die Uebelstände im arabischen Lager so sind, wie sie geschildert werden, nicht klein. Hauptsache wird allerdings sein, dass sich die westlichen Vermittler nicht von den orientalischen Methoden der Araber düpiieren lassen. Alle phantastisch aufgemachten und als «unumgänglich» bezeichneten Ansprüche sind «Bazar-Bluff». Man müsste dem Grafen und wer sonst in der Sache zu tun hat, ein paar gewiegte Teppichhändler als Berater mitgeben. Von ihnen würde man bald vernehmen, dass nur eines Erfolg habe: Gegenforderungen noch unmöglichen Kalibers.

Natürlich muss man berücksichtigen, dass die Araber damit rechnen, nicht allein zu stehen, dass sie auf die britische Unterstützung zählen und auch einiges Recht haben, es zu tun. Die zwei Seelen in der Brust der britischen Politiker sind nach wie vor

vorhanden. London kann nicht alles, was seine jüdischen Mitbürger und seine Zionistenfreunde «unisono» verlangen, und was von Amerika aus wahlpolitischen Gründen verfochten wird, schlankweg unterstützen. Es hat den Faktor «arabische Freundschaft» in sein imperiales Kalkül aufgenommen und muss sich daran halten. Im Falle Aegyptens kommt dazu, dass der Sudan-Handel noch nicht erledigt ist, und dass man Kairo unter Umständen gegen Konzessionen im Sinai-Gebiet Zugeständnisse im obern Niltal abkaufen will.

Nimmt man an, die Engländer seien gewillt, den «status quo», wie er sich nach den Kämpfen seit dem 15. Mai herausgebildet hat, als Verhandlungsgrundlage für seine arabischen Freunde anzuerkennen, dann würde die Entscheidung etwa so ausfallen: Aegypten würde den Südtteil des jüdischen Staates, das heisst die sehr dünn besiedelte östliche Sinai-Halbinsel mit dem Hafen Akabah, dazu das eroberte Gaza, behalten. Das wäre ein Machtzuwachs respektablem Art und brächte auch die jüdischen Industrie-Unternehmungen am Toten Meer in ägyptische Hand. Abdullah bliebe im Besitze des alten Samaria bis hinunter Tulkarem-Lydd, in der Nachbarschaft Tel Avivs. In Galiläa aber, wo die Irakesen und Syrer kaum Fortschritte machten, bliebe das jüdische Regime im Vollbesitz der bisher kolonisierten Gebiete und würde als Entgelt für die Verluste im Süden neuen Boden erhalten. Das neue, abgerundete Machtgebiet hätte als Hafenstadt mit grossem Hinterland Haifa. Jerusalem, das zwischen den Machtgebieten Abdullahs und Faruks läge, erhielte seine internationale Regierung, vielleicht eine solche, die das Rote Kreuz organisieren würde. Eine Regelung der geschilderten Art würde auf den Ergebnissen des Krieges basieren. Die Hauptinteressenten, Abdullah und Faruk, hätten ihre Beute und würden vor ihren Völkern als erfolgreiche Regenten glänzen. Die drei nördlichen Angreifer gingen leer aus. Der jüdische Staat stünde geographisch nicht mehr so unmöglich zerstückelt da wie vorher und wäre in der Lage, einer Grosszahl der noch nicht umgesiedelten Flüchtlinge in Europa Aufnahme zu gewähren.

Bedingungen des Gelingens

jeder Verhandlung im Heiligen Lande ist natürlich, dass sich die beiden angelsächsischen Mächte in der UNO nicht gegenseitig lähmen und ihre Sonderinteressen zurückstellen. Es hat oft den Anschein, als ob die geringste Aenderung in der russischen Politik, das erste Anzeichen einer verminderten Aggressivität Moskaus, im Westen vergessen lasse, wie wichtig es sei, beisammen zu bleiben. Im Falle Palästinas haben bisher die Fäden gehalten und schliesslich ein Vorgehen ermöglicht, dem heute mit einiger Hoffnung ein Erfolg vorausgesagt werden kann.

Wenn aber... im Angesicht einer anscheinend verringerten Gefahr, Dinge vorkommen, wie man sie jetzt im Zusammen-

hang mit der Marshall-Hilfe hört, dann kann einem leicht bange werden. Da meinte man, dass die Hilfe beschlossene Sache sei, seit Senat und Repräsentantenhaus dem etwas veränderten Programm zugestimmt. Nun hört man, dass die «Bewilligungskommission», welche über die laufenden Ausgaben zu beantragen hat, eine Kürzung der Beträge um 25 % vorschlägt. Der Sprecher der Kommission im Repräsentantenhaus behauptet, diese Kürzung tue dem europäischen Wiederaufbau keinerlei Eintrag. Die Repräsentanten sind geteilter Ansicht. Die Demokraten haben sich Trumans Ansicht zu eigen gemacht und verteidigen das Vollprogramm. Die Republikaner sind geteilt. Marshall verteidigt vor einer Pressekonferenz mit heftigen Worten sein Werk. Die Gegner kritisieren allerlei, das wirklich angreifbar zu sein scheint. «Limonade und Bilderbücher» sollten nicht geliefert und vom amerikanischen Steuerzahler bezahlt werden, meinen sie. Es ist wieder einmal der «Apparat», der da offenbar sündigt, und der jedesmal seine gigantische Unfähigkeit beweist, wenn irgendwo etwas Grosses geleistet werden soll und ihm anvertraut wird. Die Anklagen richten sich überhaupt gegen die bürokratischen Maschinerien, auch jene des Besetzungsregimes im amerikanischen besetzten Deutschland. «Morgenthau-Boys» seien hier am Werk, also Leute, die der gleichen Linie folgten wie der berühmte Bankier, der einst aus Hitlers Reich einen gemüsebauenden Agrarstaat für Vegetarier, ohne jede Schwerindustrie, machen wollte. Die Kritiker des Marshall-Planes stellen, obgleich das in keinem direkten Zusammenhang mit seinem Programm steht, höhnisch fest, die Besetzungsregierung habe die industrielle Produktion des Reiches nur auf 37 % ihres Vorkriegsstandes kommen lassen.

Die neuen, von republikanischer Seite ausgehenden Angriffe gehören selbstverständlich in die Reihe der zu erwartenden Wahlmanöver. Andere werden folgen, und man kann sich vorstellen, unter welchen unerwarteten Quertreibereien der Aufbau Europas zu leiden haben wird. Es sind übrigens schon andere, sehr merkwürdige Nebengeräusche bekannt geworden, vermutlich auch aus der Truman feindlichen Wahlkampf-Küche. Oder aber von Trumans Regierung selber, in der Absicht, jeglichen Vorwurf, sie vergeude Amerikas Finanzen an Unwürdige oder Konkurrenten, von sich abzuwälzen. In England verlautet, Washington behalte sich vor, Ländern, welche Beträge aus der Marshallhilfe erhielten, die Abwertung ihrer Währung vorzuschlagen. Zweitens solle sie verweigert werden, wenn ein Land Amerikas Interessen entgegenhandle. Drittens sollen nachträglich Bedingungen über den Handel der sechzehn Länder mit Japan und Korea aufgestellt werden. Stimmen diese Nachrichten, so darf man sich nicht über die schwarzen Stunden wundern, welche gegenwärtig einige westeuropäische Regierungen durchmachen.



Ein erstes Bild von der Altstadt Jerusalem, nachdem sie von den Arabern eingenommen wurde. Unser Bild zeigt einen Araber in einer schmalen Gasse, die ganz von Trümmern übersät ist. (NYT)



Der Krieg in Palästina

Ein jüdisches Dorf ist von den Arabern bombardiert worden. Alles rennt, um bei der Bekämpfung der ausgebrochenen Feuersbrunst behilflich zu sein. (NYT)

Im Luzerner Kunstmuseum ist die Ausstellung der Meisterwerke aus der Sammlung des Fürsten von Liechtenstein in Anwesenheit zahlreicher Gäste eröffnet worden. Die Ausstellung umfasst über 200 Gemälde, darunter die edelsten Werke deutscher, österreichischer, italienischer, französischer, flämischer, holländischer und englischer Künstler, unter denen Rubens und Van Dyck besonders reichlich vertreten sind. Unser Bild: Fürst Franz Joseph II. von Liechtenstein führt Bundesrat Philipp Etter, Ehrenpräsident der Ausstellung, und dessen Gemahlin nach der feierlichen Eröffnung durch die Räume des Kunsthauses, die während der Sommermonate die Sammlung beherbergen werden.

In der Tonhalle in St. Gallen fand zu Ehren des 70. Geburtstages von Dr. Frank Buchman, dessen Familie von 200 Jahren aus St. Gallen nach Amerika ausgewandert ist, und aus Anlass des 10jährigen Bestehens der von Buchman ins Leben gerufenen Bewegung für moralische Aufrüstung eine grosse Kundgebung statt, an der Gäste aus verschiedenen Ländern teilnahmen. Unsere Aufnahme zeigt von l. n. r.: eine Uebersetzerin; Dr. Scharnagel, Oberbürgermeister von München; Dr. Brändli (Biel), Vertreter der Schweiz. Gewerkschaften; Stadtamtman Dr. Nägeli, St. Gallen; Prof. Dr. Theo Spoerri, Rektor der Universität Zürich und Frau Beck, München. (Photopress)



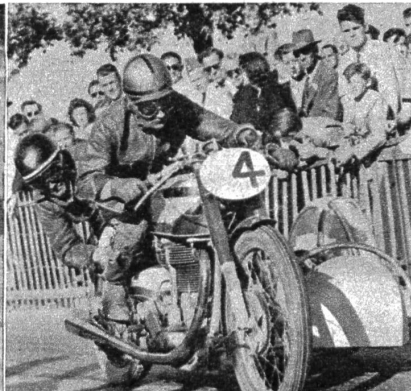
Am vergangenen Samstag hat die Kirche von Wabern, die ihrer Vollendung entgegengeht, fünf Glocken erhalten, die auf blumengeschmückten Wagen vom Bahnhof zur Kirche gebracht wurden. (Photo Balloux)

Unten links: Die erste internationale Austragung des Bergrennens von Valangin hinauf zur Vue des Alpes verzeichnete einen ausgezeichneten Nennungserfolg. In der Kategorie Sportwagen setzte sich Jean Studer, Bern, auf seinem vorzüglichen Alfa Romeo 2905 cm³ mit Kompressor siegreich durch. (ATP)

Unten recht: Das Walliseller Motorradrennen: Das Seitenwagenrennen der 600-cm³-Maschinen entwickelte sich zu einem Duell zwischen Haldemann und Keller. Der Berner Haldemann siegte auf seiner Norton über 20 Runden mit einem Stundenmittel von 75,33 Kilometern. (ATP)

Mittelländisches Schwingfest in Urtenen

Mit gegen 200 Nennungen verzeichnete das Mittelländische Schwingfest in Urtenen bei Schönbühl einen hervorragenden Erfolg. Sieger wurde in den harten Kämpfen der Habstätter Hans-Ruedi Krähenbühl vor dem Berner Hermann Lerch. Unser Bild zeigt links Karl Wannner, Kirchberg, in seinem Gange gegen Walter Jänni aus Bangerten, der unentschieden endete. (ATP)



Ich besuche S. E. den Minister V. E. Orlando den letzten der «Vier»

Versailles 1919. Der Spiegelsaal, Fahnen und Uniformen. Hier der Friede, dargestellt auf einem Pergament mit roten Siegeln. Auf dem Dokument vier grosse illustrierte Namen: Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando. Gestorben ist inzwischen der Amerikaner, der Engländer und auch der Franzose. Gesund und arbeitsam aber ist der letzte der vier „Grossen“ des vorigen Weltkrieges: Vittorio Emanuele Orlando, ehemaliger Präsident der italienischen Regierung.

In einer Atmosphäre von 1900

Ihr gehe ich an diesem schönen Nachmittag in Rom besuchen. Er wohnt in einer der schönsten Gegenden der Stadt, im „Quartiere Parioli“. An der Gartentür werde ich von einem für das Haus Orlando diensttuenden Polizisten angehalten und nach meinen Ausweispapieren gefragt. Eine telefonische Verbindung mit dem Minister und ich werde von einem Diensthofen durch den Garten in die einfache Villa begleitet. Man führt mich in einen grossen Salon. Möbel, Bilder, die Anordnung derselben und eine Menge Andenken, Nippisachen und Photos weisen auf fünfzig Jahre unserer Zeit zurück... typisch 1900. Am Ende des Raumes ein alter Schreibtisch, überladen mit verstaubten Dossiers. Ein Herr von mittlerer Grösse erhebt sich bei meinem Eintreten von einem Fauteuil, streckt mir die Hand entgegen, und mit einem freundschaftlichen Lächeln bittet er mich, auf einen Sessel weisend: „Si accomodi, prego.“ Ich setze mich, und noch bevor es mir bewusst wird, habe ich bereits eine Tasse Kaffee in der Hand. „Ich trinke immer Kaffee, bevor ich arbeite“, sagt mir der Präsident, und lächelnd fügt er hinzu: „Zu dem sind Sie doch gekommen, nicht?“ „So wenig als möglich, Exzellenz, nur einige Fragen.“

„Bitte, ich stehe zu Ihrer Verfügung.“ Der alte Herr gibt seinem Sekretär ein Zeichen. Dieser nähert sich mit Block und Bleistift, bereit, unsere Unterhaltung zu stenographieren. Während sich die Beiden mit leiser Stimme besprechen, beobachte ich den Mann, der als einer der vier „Grossen“ an den bekannten Verhandlungen von 1919 im „Hôtel de Paris“ teilgenommen hat. Ich stelle mir S. E. Orlando von damals vor... höflich, nervös, „der von Fiume träumte und schwieg“, während Clemenceau sich mit dem zynischen Lloyd George „stichelte“. Ich sah vor mir die Schlagzeilen der Zeitungen jener Zeit: „Schwere Krise an der Friedenskonferenz... Das Drama beginnt... Die Verhandlungen sind ohne Ende... Die Alliierten streiten sich... usw.... ganz so wie heute! Nichts Neues unter der Sonne! Heute, wie durch ein Wunder, befinde ich mich vor einem dieser Männer, die den Frieden des andern Krieges „machten“ und der seither so viel Geschehnisse erlebt hat, dass der gläubigste aller-Buddhisten skeptisch geworden wäre. - Fertig mit meiner Träumerei. Vittorio Emanuele Orlando erwartet meine Fragen. „Exzellenz, welches sind Ihre Eindrücke von Frieden von 1919 und den vier „Grossen“ von damals und heute?“

„Ihre Frage, Signore, ist unmöglich zu beantworten. Was die Frage der beiden geschichtlichen Momente betrifft, sind die Unterschiede zu gross und nicht miteinander zu verbinden. Ein Vergleich ist unmöglich, wenn nicht eine bestimmte Verbindung besteht. Ich gebe momentan Vorlesungen an der Universität in Rom, betitelt: „Die Weltrevolution des Rechtes“ und versuche damit den enormen geschichtlichen Umschwung, der zwischen den beiden Kriegen entstand, zu erklären. Ich sage nur: Wenn man die beiden gegenwärtigen verbaler Manifestationen beobachtet, welche die Freiheit, die Demokratie und den Fortschritt betreffen, kann ich bestätigen, dass unter diesem Gesichtspunkt die Irrtümer und Fehler des Friedens von 1919 von einem Gefühlsüberfluss der damaliger Staatsmänner abhing und diese aus Aufichtigkeit davon abhielt, Frankreich die Kontrolle des linken Rheinufers zu überlassen und dass sie auch nicht wollten, dass Italien direkten Frieden mit Jugoslawien machte, trotz dem Einverständnis dieser letzteren.“

Wenn Sie diese Skrupel mit der gegenwärtigen Brutalität vergleichen und mit der bewussten Ungerechtigkeit, mit der Italien behandelt wurde, dann kann man sagen, was schon andere Male gesagt wurde: Freiheit, Demokratie - Zitat für die vier „Grossen“ von 1919 und von 1947. Aber vor allem verhüllten sie weniger Hypokratie. Die

Wahrheit ist, dass die Vier von 1919 von einer Art von philosophischem Radikalismus verwirrt und beherrscht wurden, eingegeben von der Anwendung des Sozialkontraktes im internationalen Moment, wobei damals nicht derjenige von Eurem Jean Jacques Rousseau in Anwendung kam, sondern derjenige von Thomas Hobbes: „Bellum omnium contra omnes.“

Gott allein ist gross

„Wechseln wir nun aber von den Ereignissen zu den Personen. Jedemal wenn ich das Wort „Gross“ höre, stellt sich meinem Geiste die von Bossuet zum Tode des grossen Condé gehaltene Grabrede vor, in der er ermahnernd ausrief: Gott allein ist gross.“

Wirklich, die vier „Grossen“ von 1919 sahen ihre Grösse rasch verschwinden und philosophisch konnter sie sich von der Wahrheit der Worte Boölesiasstés überzeugen:

„Vanité des vanités, tout n'est que vanité.“ Der Präsident Wilson sah sein Werk von seinem Volke zerstört, vorzeitlich wurde er physisch und moralisch durch ein schreckliches Uebel heimgesucht.

Clemenceau erlitt eine vernichtende Niederlage in zweifelhaften Wahlen, und stolz zog er es vor, von politischen Leben seines Landes zurückzutreten.

Was Lloyd George betrifft, Besiegter in seinem Teil; schaltete man ihn buchstäblich von der politischen Leitung seines Landes aus, wenn auch mit eleganter Form, die den Engländer übrigens charakterisiert.

Was mich betrifft, glaube ich unglücklicherweise die grösste Erfahrung an Sorge und Elend gemacht zu haben, durch die Niederlage und das Unheil, das mein Land erleben musste.

Nun eben! Gott entschädigte Simeon, in dem er ihn lange genug leben liess, um an der Geburt Jesus teilzunehmen und in diesem den Retter der Welt sehen zu können. Gott aber wollte mir die Sorge vorbehalten, mich lange leben zu lassen, um die furchtbare Katastrophe meines Landes miterleben zu müssen.

Wie beneide ich die Schweiz

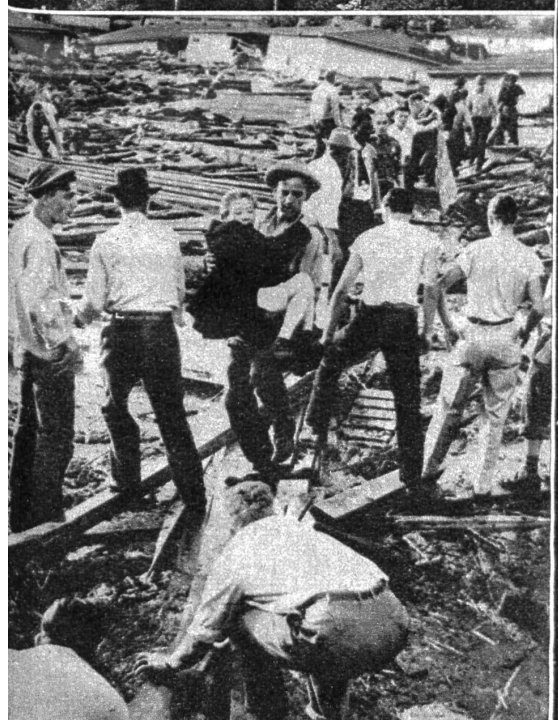
Während einigen Augenblicken verharrt Vittorio Emanuele Orlando in Schwägen, seinen Blick in die Vergangenheit verloren. Welche Traurigkeit in seinen Worten und welche Resignation. Ich wage nicht die Stille zu unterbrechen, hinter der sich das grosse Leiden dieses grossen Patrioten verbirgt.

Da erhebt er den Kopf, und langsam sagt er zu mir: „Wie beneide ich doch die Schweiz!“ Lebhaft spricht er weiter, die grauen Wolken seiner Gedanken vertreibend:

„Allora, lassen wir dieses traurige Thema, das so schwer auf meinem Gemüte liegt und lassen Sie mich Ihnen sagen, bis zu welchem Grade ich erkenne, was für ein wirklich grosser Staatsmann ihr Giuseppe Motta war. Lassen Sie mich das Land grüssen, das ich wie eine zweite Heimat liebe, das Land, das gezeigt hat, dass wirkliche Grösse eines Volkes nicht von der Ausdehnung seines Territoriums und nicht von der Zahl seiner Einwohner abhängt. Dieser Erde der Freiheit und der Ehre, die im Herzen Europas liegt, wie ein Fels für die Verteidigung der wahren Freiheit, Demokratie und der Humanität, die das einzige Wunder einer gesunden Einheit, trotz Sprachen und Rassen in der Geschichte vollzogen hat. Diese Idee der Rasse, die sich auf uns legt, wie ein monströser Traum und die Welt bedroht, ist bei Euch in der Schweiz ausgeglichen und harmonisch verfasst, unantastbar und perfekt.“

Ich möchte Ihnen noch sagen, wie dankbar ich als Italiener Ihrem Lande gegenüber bin, das unseren Flüchtlingen immer grosses Gastrecht zugestanden, wenn diese von tyrannischen Regierungen verfolgt wurden. Ich danke immer mit grosser Liebe und ausserordentlicher Achtung an die kleine Schweiz, die stets das Vorbild einer grösseren Humanität und Zivilisation der Völker sein sollte.“

Mein Interview ist beendet. V. E. Orlando begleitet mich an die Tür seines Büros und verabschiedet mich mit einem herzlichen Händedruck. Ich verlasse den letzten der vier „Grossen“ von 1919, die stille kleine Villa in Parioli und damit die Epoche, von der Colonel House einmal sagte: „Ein grosses Abenteuer, in das vier arme Männer geworfen wurden.“ John Pasetti.



In der von den tobenden und die Dämme zerbrechenden Fluten des Columbia River überschwemmten und zerstörten Stadt Vanport, die bisher am schwersten gelitten hat, bilden mutige Männer eine Kette, durch die die Verletzten aus den eingestürzten Häusern geborgen werden. Eben wandert ein Frau (Bildmitte) von Hand zu Hand über ein unbeschreibliches Trümmerfeld, hinter dem man noch die zusammengestürzten Häuser von Vanport entdeckt. Trotz dem Einsatz dieser Männer schätzt man die Zahl der Toten und Verletzten in der Stadt auf gegen 20 000! (ATP)